

Heikle Hinterlassenschaften

Wie der demografische Wandel die nachhaltige Entwicklung in Deutschland beeinflusst

Gute Ideen kommen häufig in schwierigen Zeiten zur Welt: Zum Beispiel im Jahr 1713, als Hans Carl von Carlowitz, Oberberghauptmann in Kursachsen, vor dem Hintergrund zunehmender Holznot erstmals den Begriff der Nachhaltigkeit definierte. Nachhaltig zu wirtschaften hieß für Carlowitz, in einem bestimmten Planungszeitraum nicht mehr Holz aus dem Wald zu schlagen, als im gleichen Zeitraum nachwächst. Später stellte sich heraus, dass die reine Materialbilanz kein ausreichender Indikator des Waldschutzes sein kann, denn sie lässt sich auch durch die Umwandlung von einem artenreichen Naturwald in eine öde Fichtenschonung ausgleichen.

Der Nachhaltigkeitsgedanke hat sich gewandelt seit er existiert. Eine generelle Verbreitung hat er erst mit dem Abschlussbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987 erfahren. Unter „nachhaltiger Entwicklung“ verstand die Kommission eine, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Seither haben Politiker und Institutionen weit mehr über Nachhaltigkeit gesprochen als die Gesellschaft wirklich auf den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung zu schicken. Der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Stabilität ist nach wie vor ungelöst. Die entwickelten Nationen und zunehmend auch die Schwellenländer leben zu Lasten der Dritten Welt, der Umwelt und der Nachwelt. Denn ein Wirtschaftssystem, das die Zerstörung von (Öko)-Kapital mit Einkommen verwechselt, das den Profit zugunsten von Investoren maximiert und ihn von einer immer kleiner werdenden Schar von Arbeitenden erwirtschaften lässt, kann weder sozial noch ökonomisch nachhaltig sein. Der Planet als Ganzes und Deutschland im Speziellen sind im Jahr 2006 von den Zielen der Brundtland-Kommission weiter entfernt als 1987.

Deshalb stellt sich der heute lebenden Generation dringender als je zuvor die Frage, was sie ihren Kindern und Enkeln eigentlich vererben will. Sicher nicht den gleichen Lebensstil, den wir Deutschen kennen, denn der kommt schon heute unter Bedingungen zustande, die nicht für den ganzen Globus gelten können. Gewiss auch nicht das gleiche Zugriffsrecht auf endliche Ressourcen, weil die Menschheit längst mehr davon verbraucht, als die natürlichen Kreisläufe verkraften können. Würden – im Sinne einer globalen Gerechtigkeit – alle Menschen so viele Materialien verbrauchen wie wir, wären die zum Erhalt des Lebens notwendigen Ökosysteme binnen kürzester Zeit ruiniert.

Aber bedeutet die Unmöglichkeit, die gleichen Ansprüche zu vererben, einen Verlust, eine Ungerechtigkeit künftigen Generationen gegenüber? Ist die Maßlosigkeit, die moderne Gesellschaften kennzeichnet, ein Gut, auf das unsere Kinder ein Anrecht haben? Ist eine Welt mit weniger Rohstoffverbrauch zwangsläufig eine ärmere Welt?

Das eigentliche Ziel der nachhaltigen Entwicklung sollte die Erhaltung der Lebensverhältnisse sein, der Möglichkeit, sich in einer sozialen Kulturgemeinschaft und in einem der menschlichen Natur angemessenen Tempo zu entwickeln. Nicht mehr und nicht weniger. Die Menschen der Zukunft wollen im Grunde das Gleiche wie wir – und haben auch Anspruch darauf: Bildung, eine intakte Umwelt, Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit, die Möglichkeit, sich und ihre Familie zu ernähren, den Zugang zu sinnvoller Arbeit und ein Mitspracherecht innerhalb der Gemeinschaft. Dazu brauchen künftige Generationen ökonomisches und ökologisches Kapital (und keine von den Vorgängern aufgehäuften Schulden). Sie brauchen auch das Kapital, das zum Funktionieren einer Gesellschaft nötig ist: Wissen, moralische und kulturelle Werte und gleichwertige Partner. Also andere Menschen.

Während der ökologische Kapitalstock eher durch eine wachsende Menschenzahl gefährdet wird, sind das ökonomische und das Humankapital eher in schrumpfenden und alternden Gesellschaften bedroht. An diesen Unterschied hat im Jahr 1987 vermutlich keiner gedacht, als die Nachhaltigkeitsdiskussion einzig von einer stark zunehmenden Weltbevölkerung und einem galoppierenden Rohstoffverbrauch geprägt war.

Hinzu kommt, dass Politik und Nachhaltigkeit bislang denkbar schlecht zueinander passen. Regierungen (wie Unternehmen) beziehen langfristige Umwelt- und Gesellschaftsprobleme selten in ihre Planung ein, weil sich die Veränderungen in diesen Bereichen jenseits des Horizontes von kurzfristigen Gewinnüberlegungen oder Wahlperioden abspielen. Es ist ebenso korrekt wie nutzlos, Politiker für diese Fehlleistung verantwortlich zu machen. Denn es existiert eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen ihnen und dem Wahlvolk, dass jener politisch keine Chance hat, der aus radikaler Vernunft heraus richtig und nachhaltig handelt, also Schulden abbaut, den Kohlendioxid-Ausstoß mit allen Mitteln minimiert, naturzerstörende Subventionen streicht, Familien massiv entlastet und hemmungslos

in Zukunftsaufgaben wie Bildung und Integration von Migranten investiert. Dafür müsste jeder Politiker so stark an die Besitzstände verschiedener Gruppen gehen, dass seine Wiederwahl ausgeschlossen ist.

Besser und nachhaltiger wäre es, die Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf möglicherweise vorhandene Ängste aufzuklären und das Bewusstsein für die überfälligen Veränderungen so weit vorzubereiten, dass Politik und Bürger das Gleiche wollen. Damit der gesunde Menschenverstand, der in den meisten Individuen durchaus vorhanden ist, zu einem gesellschaftlichen Verstand wird.

Die vorliegende Untersuchung versucht diesen Diskurs zu befördern. Sie beschreibt, wie und wo in den Bereichen Wirtschaft, Siedlungsstruktur, Bildung, Zuwanderung, Naturerbe, Energie und Mobilität das Prinzip der Nachhaltigkeit missachtet wird – und wo es Möglichkeiten gibt, ihr wieder näher zu kommen.

Im Zentrum der Analyse steht die demografische Entwicklung, denn sie hat einen Einfluss auf alle anderen Bereiche des menschlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tatsache, dass Politik und Gesellschaft die demografischen Veränderungen der vergangenen 30 Jahre nicht wahrgenommen haben, resultiert jetzt in einer beschränkten Handlungsfreiheit in diesem Bereich. Das zeigt, wie sehr das hartnäckige Ausblenden von Problemen zukünftige Generationen belasten kann.

Da die Nachhaltigkeit in zahllosen Einzelfeldern verletzt ist, liegt es nahe, das eigentliche Nachhaltigkeitsziel mit einer Unzahl an Maßnahmen gleichzeitig ansteuern zu wollen. Es ist aber nahezu unmöglich, all die scheinbar nicht zusammenhängenden Probleme mit Einzelantworten zu bewältigen. Wir haben deshalb versucht, weniger nach Einzellösungen für Einzelprobleme zu suchen, als vielmehr an den Kern unterschiedlicher Fehlsteuerungen vorzudringen und dort einen Schlüssel für die Lösung möglichst vieler Probleme zu finden. Also Maßnahmen zu finden, die sich gegenseitig verstärken und positiv auf andere Bereiche ausstrahlen.

Nachhaltige Entwicklung heißt, künftigen Generationen möglichst viele Freiheitsgrade zu erhalten. Und ihnen weitestgehende Autonomie über das eigene Handeln zu gewähren – wozu dann auch die Pflicht gehört, dieses Recht den nachfolgenden Generationen zu gewähren.